

Miriam Lang, Mary Ann Manahan, Breno Bringel (Hrsg)  
Grüner Kolonialismus. Zwischen Energiewende und globaler Gerechtigkeit  
oekom Verlag München 2025  
336 Seiten, 25,00 Euro (E-Pup; PDF 19,99)  
ISBN: 978-3-98726-167-1

Ein namhaftes Herausgeberinnenteam bearbeitet ein spannendes Thema aus einer Sicht, wie es selten gemacht wird, nämlich aus der der arm gemachten Länder des Südens und seiner Menschen. Das muss doch Erkenntnisgewinn bringen! Ja, tut es durchaus auch, aber ganz so einfach ist es mit dem Thema des Klimawandels, der planetaren Grenzen, der Jagd nach den Rohstoffen der Energiewende nicht mehr, seit im Gefolge des Rechtsrucks in zahlreichen Industrieländern die Fossilien einen steilen Wiederaufstieg erleben. Das macht es auch aktivistischen Wissenschaftlern, was die Herausgeberinnen alle drei sind, schwer, in der Analyse mitzuhalten. Aber der Reihe nach!

„Grüner Kolonialismus“ drückt sich für Lang, Manahan und Bringel in vier Dimensionen aus:

- „in der Forderung nach unbegrenzten Rohstoffen“ seitens der Industrieländer, die auch unter „grünen“ Vorzeichen bestehen bleibt,
- „in der Auferlegung bestimmter Formate von Naturschutz“, die „strukturelle Veränderungen in umweltverschmutzenden Produktionsprozessen“ erübrigen,
- in der „Einrichtung von Deponien für toxische und elektronische Abfälle im Globalen Süden“ und
- in der „Vision des Südens als neuer Markt“ für erneuerbare Energien, um „so den ungleichen Tausch aufrechtzuerhalten“ (S. 14f).

Gegen diese Fortschreibung des herkömmlichen Neokolonialismus wollen die Herausgeberinnen „Kämpfe betrachten, die zwar lokal, aber nicht lokalistisch“ sind. „In diesen konkreten Erfahrungen, die territorialisierte (Öko-)Utopien darstellen, liegen die stärksten Alternativen zum grünen Kolonialismus.“ (S 22f) Es liegt nahe, in dieser politischen Einschätzung einen Grund dafür zu vermuten, dass es zwar eine ganze Reihe von Artikeln im Buch gibt, die Kämpfe mit ausdrücklichem Bezug zum Territorium darstellen und analysieren, aber keinen, der städtische Organismen beschreibt. Das ist schade, denn auch in den arm gemachten Ländern lebt inzwischen in der Regel die Mehrheit der Menschen in (oft gigantischen) Städten. Aber natürlich ist niemand verpflichtet, in einem Buch alle denkbarerweise interessanten Aspekte abzudecken. Auch so bietet die vorliegende Veröffentlichung mit 19 Texten von insgesamt 25 Autorinnen und Autoren genügend Material für eine spannende Lektüre.

Das Buch gliedert sich nach der Einleitung in drei Teile, die „hegemoniale Transition und die Geopolitik der Macht“, „globale Interdependenzen und Verflechtungen“ im grünen Kapitalismus und „eine lebenswerte Zukunft in Würde“ untersuchen. Dabei sind vor allem einige Texte im ersten Teil problematisch, die konkrete Politiken der Energiewende in verschiedenen Ländern untersuchen, weil sie oft mit einer Datenlage von 2022/23 arbeiten. Das ist nicht falsch und beschreibt, was damals vielerorts geplant war, wirkt aber merkwürdig aus der Zeit gefallen angesichts von „drill, baby, drill“ und zahlreichen neuen Gaskraftwerken. Auch die Kritik, dass der „Diskurs über nachhaltige Entwicklung“ tatsächlich eine neue „Art von Greenwashing des Kapitalismus“ sei (S. 100f), trifft völlig zu, nur dass dieser Diskurs heutige recht(sradikal)e Regierungen und EU-Institutionen nur noch wenig umtreibt.

Die angesprochenen Veränderungen in der Weltpolitik beeinträchtigen die Texte des zweiten und dritten Teils zwar auch, aber deutlich weniger als im ersten. Aspekte wie der oben schon angesprochene ungleiche Tausch bleiben konstant, ja gewinnen eher noch an Bedeutung bei einer stärker auf fossile Energieträger ausgerichteten Politik. Der Wiener Forscher Christian Dorninger fasst es so zusammen: „Die in den Exporten des Globalen Südens enthaltenen Ressourcen und Arbeitszeit werden pro Einheit monetär systematisch geringer bewertet im Vergleich zu jenen aus

dem Norden.“ (S. 129)

Auch die Skandalisierung einer auf Dauer gestellten Verschuldung der arm gemachten Länder des Südens, obwohl die ursprünglich geliehenen Summen längst mehrfach zurückgezahlt sind (Lang, Acosta, Martínez S. 134-149), war und bleibt richtig und wichtig. Ebenfalls zeitübergreifend notwendig ist die Kritik des Entwicklungsbegriffs, wie sie in mehreren Texten geübt wird. Gerade hierzulande wird auch in linken Debatten wenig beachtet, dass „Entwicklung“ unterstellt, die einen hätten etwas erreicht, das die anderen nachholen müssten, eine aufsteigende Linie sozusagen. Damit wird jede Perspektive auf eigenständige Wege von vorne herein negiert. Dabei ergänzen sich im Buch eher allgemein gehaltene Texte (z. B. Nnimmo Bassey unter Bezug auf Frantz Fanon) und die Analyse konkreter Politiken (z. B. Manahan S. 194) so, dass ein eindrucksvolles Bild auf für Leserinnen entsteht, die mit dieser Art von Kritik bisher nicht vertraut waren.

Der Ablehnung (westlich geprägter) „Entwicklung“ gegenübergestellt werden Bezüge auf eigenes Wissen vieler Communities im Süden, die sehr wohl über Vorstellungen von einem guten Leben für alle verfügen. Zwar klingt angesichts von Zöllen bis zu hundert Prozent die Rede vom „Joch des neoliberalen 'grünen' Handels“ (Rachmi Hertanti S. 179) ein wenig anachronistisch und auch die Beschreibung des Agierens der kleinbäuerlichen Organisation Nayakrishi Andalon aus Bangladesch (Farida Akhter S. 274) hat sich seit mehr als 20 Jahren nicht wirklich geändert. Aber zum Beispiel das Verständnis von „Energie als Teil der Commons und somit als ein kollektives Recht, das mit den Rechten der Natur übereinstimmt“ (Tatiana Roa Avendaño, Pablo Bertinat S. 220) ist, wenn man genauer über die Tragweite der Begriffe nachdenkt, ein ganzer Artikel in einem einzigen Satz.

Für mich ein Highlight war der Text der kanadischen feministischen Ökonomin Bengi Akbulut über „feministisches Degrowth für eine unbequeme Transition“ (S. 244). Sie fordert nichts weniger als die demokratische Planung von Investitionen und Produktion, also eine politische Entscheidung darüber, was eine Gesellschaft produzieren will und wie sie das tun soll. Ähnliche Vorstellungen wurden und werden auch in der Grundeinkommensbewegung immer wieder mal diskutiert und nicht zufällig kommt Akbulut genau da hin: „Diese Umstrukturierung/Neuausrichtung bedeutet, dass eine gerechte Versorgung mit und ein gerechter Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen für alle gewährleistet sein muss. ... Erreicht werden könnte das durch die Entkommodifizierung grundlegender Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnen und/oder Maßnahmen zur Sicherung eines Mindeststandards an Wohlfahrt für alle, z.B. durch ein universelles Grundeinkommen (UBI) oder universelle Grunddienstleistungen (UBS). ... Die Entkoppelung der Bedürfnisbefriedigung vom Erwerbsstatus würde nicht nur den Zwang zur Arbeit in ausbeuterischen, entfremdenden und entwürdigenden Beschäftigungsverhältnissen aufheben. Sie würde auch den Zwang beseitigen, das Wirtschaftswachstum wegen seines Potenzials, Arbeitsplätze zu schaffen, aufrechtzuerhalten.“ (S. 248)

Trotz der gemachten Einschränkungen kann ich die Lektüre des Buches nur empfehlen. Vielleicht mag der eine oder die andere einzelne Texte eher nur überfliegen, aber insgesamt leistet die Veröffentlichung einen wichtigen Beitrag dazu, Diskussionen von Bewegungen weltweit zusammenzutragen und einander anzunähern. Diese Aufgabe ist mit dem einen Buch nicht erledigt, aber das war auch nie die Absicht der Herausgeber.